



UNSERE THEMEN

Perspektiven für die Wirtschaft

Bioökonomie und Ethik

Sonderbeilage
denk.stoff:statistik
Energiewende in Europa

Wirtschaft als Flipperspiel?

Der Spielraum für Wirtschaftspolitik wird enger. Unternehmen und KonsumentInnen brauchen eine stärkere Berechenbarkeit der Rahmenbedingungen. Eine langfristige wirtschaftspolitische Vision – abseits von Wahlzyklen und Wahlzuckerln – könnte einen wichtigen Beitrag liefern. Zumindest diese Botschaft dürfte auf politischer Ebene angekommen sein.

MANCHMAL SCHEINT DIE WIRTSCHAFT WIE EIN FLIPPER-SPIEL. Kaum ist die Kugel aus der Gefahrenzone hinausgeschossen, nimmt sie kurz Fahrt auf und rollt dann schon wieder zurück. Österreich hat die Wirtschaftskrise anfänglich recht gut überstanden, scheint jedoch immer mehr an positiver Dynamik einzubüßen. Während die Deutschen aktuell die geringste Arbeitslosigkeit seit der Deutschen Wiedervereinigung vermelden und auch europaweit die Arbeitslosenzahlen sinken, verzeichnet Österreich einen Anstieg. Auch wenn Österreich immer noch eine der niedrigsten Arbeitslosenraten in der EU aufweist, die Entwicklung fügt sich in ein insgesamt nicht unbedingt optimistisches Bild. Die österreichische Wirtschaft – so der Befund der Wirtschaftsforscher – kommt momentan nicht so recht vom Fleck. Im Jahresabstand schrumpfte die heimische Wirtschaftsleistung im 4. Quartal 2014 real um 0,2 Prozent.

Hauptschuld daran hat, so die Analyse des WIFO, die flauere Konsumnachfrage. Die Entwicklung der Realeinkommen lässt privaten Haushalten wenig Spielraum für mehr Konsumausgaben. Die Reallöhne stagnieren. Seit 1998 sind die Einkommen der unselbstständig Erwerbstätigen inflationsbereinigt um vier Prozent gesunken – wobei jene der Niedrigverdiener noch weit stärker zurückgingen. Also jene Bevölkerungsgruppe, die Einkommensgewinne am ehesten in den Konsum investiert.

Nicht nur die KonsumentInnen geben weniger Geld aus, auch die heimischen Unternehmen

halten sich mit Investitionen derzeit zurück. 2014 gaben die Bruttoanlageinvestitionen gegenüber dem Vorjahr um 1,5 Prozent nach. Der Bank Austria Purchasing Managers' Index sieht diese Entwicklung auch noch zu Beginn des laufenden Jahres anhalten.

Investitionen und Berechenbarkeit

Für WIFO und IHS hat die Konjunkturschwäche in Österreich auch hausgemachte Ursachen. Die Empfehlungen sind klar: Es braucht Investitionsanreize und eine langfristige Berechenbarkeit der Rahmenbedingungen. Die Regierung hat – so der Befund – versäumt, wachstums- und standortsichernde Reformen umzusetzen. Anreize, damit Unternehmen in grüne Technologien investieren, sind dabei ebenso wichtig wie eine Entlastung des Faktors Arbeit. Auch die OECD konstatiert einen Reformstau. Und gerade angesichts der schwindenden fiskalischen Spielräume sind Strukturreformen Voraussetzung für ein nachhaltigeres Wachstum.

Das Problembewusstsein und die Botschaft der Ökonomen sind nun offensichtlich auf politischer Ebene angekommen. Mit der nun geplanten Steuerreform steht den österreichischen ArbeitnehmerInnen ab 2016 mehr Geld zur Verfügung. Ob der Plan einer Konjunkturankurbelung durch Konsum tatsächlich aufgehen wird, hängt vor allem auch von der wirtschaftspolitischen Grundstimmung ab. Optimismus ist notwendig, selbst wenn dieser nicht unbedingt als klassische österreichische Eigenschaft gilt.

Optimismus setzt Vertrauen in die Zukunft voraus. Für Investitionen von Unternehmen in neue, innovative Technologien – gerade diese sind in Hochlohnländern wie Österreich nötig, um die Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu erhalten – wird in der Regel ein Zeithorizont von mehr als zehn Jahren angenommen. Der Mut, größere Investitionen zu tätigen, wird durch berechenbare Rahmenbedingungen gefördert – doch diese sind rar. Darin liegt auch ein Grund, warum viele Unternehmen derzeit „auf Sicht fahren“ und Zukunfts-Investitionen aufschieben. Darüber hinaus haben die Basel-III-Vorschriften die Kreditvergabe aufgrund der strikten Bonitätsprüfungen dramatisch eingeschränkt. Daher werden diese heute teilweise als Hemmschuh für eine schnelle wirtschaftliche Erholung gesehen. Ein politisch verlässliches und glaubwürdiges Bekenntnis zu einem längerfristigen Reformpfad wäre hilfreich – für die Wirtschaft, aber auch für die Banken. Die politischen Entscheidungsträger sollten sich zumindest ansatzweise auf eine gemeinsame Vision verständigen und diese – wenn auch mit unterschiedlichen politischen Akzentuierungen – über eine Legislaturperiode hinaus glaubhaft kommunizieren und politisch durchhalten.

Arbeitsplätze schaffen

Die EU will solche Anreize setzen: Die Investitionsoffensive von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker soll in den nächsten drei Jahren Investitionsmittel in Höhe von rund 300 Milliarden Euro für die Belebung der Investitionstätigkeit in Europa zur Verfügung stellen, um

auf diese Weise neue Arbeitsplätze zu schaffen. Private und öffentliche Mittel sollen vorrangig in Infrastrukturmaßnahmen, in die Bildung, Forschung und Innovation und in die Förderung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz fließen. Es gilt – so der Plan – in großem Maßstab Geld für die Realwirtschaft zu mobilisieren und damit Arbeitsplätze für die junge Generation zu schaffen.

Wenn diese Pläne aufgehen und mit weiteren Reformen und Initiativen langfristige Signale gesetzt werden, könnte ein positiver Schwung entstehen. Zentral dafür ist, dass die Beteiligten auch daran glauben. Denn wie in der Wirtschaft, so auch beim Flippern ist die Überzeugung wichtig, die Kugel im Spiel halten zu können.

FAKTEN

ARBEITSLÖSE (INKL. SCHULUNGSTEILNEHMERINNEN) IN ÖSTERREICH FEB. 2015

466.266 (10,3 %)

INFLATION FEBRUAR 2015 IM VERGLEICH ZUM VORJAHR

0,8 %

INFLATION OHNE ÖL

1,6 %

ENTWICKLUNG QUARTAL 4/2014 ZUM VORJAHR (REAL, BEREINIGT)

-0,2 % BIP ZU MARKTPREISEN
-4,8 % BRUTTOINVESTITIONEN
0,0 % KONSUMAUSG. PRIV. HAUSHALTE
+1,9 % WARENEXPORTE



Über den Zusammenhang von Bioökonomie und Ethik

Bei der Eröffnung der diesjährigen Wintertagung sprach Clemens Sedmak über die Zusammenhänge von Bioökonomie und Ethik. Er plädierte für eine Kommunikation auf Augenhöhe mit den Menschen und appellierte, bei Veränderungen vor allem die verwundbarsten Mitglieder der Gesellschaft im Auge zu behalten. **denk.stoff** fasst seine wichtigsten Botschaften zusammen.

Ein Begriff

Bioökonomie definiere ich als nachhaltiges Wirtschaften auf der Basis erneuerbarer und biologischer Ressourcen – in der Regel gestützt von wissenschaftlicher Forschung. In diesem Sinn ist Bioökonomie nicht neu. Bauern und Bäuerinnen arbeiten seit jeher so, vielleicht nicht immer auf Basis wissenschaftlicher Forschung, aber auf Basis von lokalem Wissen. Das hat sich bewährt.

Zwei große Herausforderungen

Derzeit sind wir mit zwei großen Herausforderungen konfrontiert: einerseits mit einer Veränderung unseres Wertefundaments und andererseits mit der Tragik der Allgemeingüter. Um von einer fossil-basierten auf eine biobasierte Wirtschaftsweise umzustellen, brauchen wir eine Veränderung unseres Wertefundaments. Wir müssen uns dafür von alten Denkgewohnheiten lösen. In der derzeit weit verbreiteten Logik sind die zwei wichtigsten Fragen: Was kostet das? Und wer zahlt das? Diese Logik stößt aber immer mehr an Grenzen. So beispielsweise beim Klimawandel. Aufgrund des steigenden Meeresspiegels versank die Insel New Moore Island 2010 im Golf von Bengalen. Die Fragen, was kostet das und wer zahlt das, machen in diesem Zusammenhang keinen Sinn mehr: Die Insel ist weg.

Im Umgang mit Knappheiten gibt es einerseits den Vorteil, dass Ressourcen gebündelt werden. Andererseits besteht der Nachteil, dass Alternativen nicht so leicht erkannt werden. Mit Achtung vor den knappen Ressourcen die vorhandenen Alternativen zu sehen, das meine ich mit Wertewandel. Wir müssen uns jetzt darüber unterhalten, was wir in einer postfossilen Ära

machen wollen, nicht erst dann, wenn uns der Ölpreis so an die Wand drängt, dass wir nicht mehr über Alternativen nachdenken können.

Die zweite große Herausforderung des 21. Jahrhunderts ist die Veränderung des Sozialgefüges, um der Tragik der Allgemeingüter zu entkommen. Was die Klimaverhandlungen bisher zum Scheitern verurteilt? Alle Beteiligten verfolgen ihre Ziele rational und agieren vernünftig, aber in der Gesamtheit ist das Ergebnis alles andere als vernünftig. In einem komplexen Sozialgefüge können wir dieses Dilemma nur durch neue Formen der Kooperation überwinden. Bioökonomie ist eine Einladung zu neuen Formen der Kooperation: von Wissenschaften untereinander (wie Biologie und Ökonomie), von Wissenschaft und Wirtschaft, Wirtschaft und Politik und vielleicht am wichtigsten von Politik und Ethik.

Die meisten Bürger sind nicht gut informiert, haben zum Teil Angst. Im Diskurs um Bioökonomie besteht die Sorge, dass toxische Märkte geschaffen werden. Debra Satz von der Stanford University beschreibt Märkte als toxisch, auf denen mit extrem delikaten Gütern (z. B. Organhandel) gehandelt wird oder besonders verwundbare Menschen (z. B. Kinder) agieren. Solche Märkte machen das Sozialsystem kaputt. Deshalb sollten wir bei der Organisation der Märkte für neue Technologien besonderes Augenmerk auf die verwundbarsten Mitglieder der Gesellschaft legen.

Drei ethische Herausforderungen

Die drei wichtigsten ethischen Herausforderungen in diesem Zusammenhang sind Kosten, Subsidiarität und Urteilskraft. Zu den Kosten: Veränderungen – in unserem Fall der Umbau der fossil-basierten Ökonomie auf eine Bioöko-

nomie – verursachen Kosten. Man muss den Menschen aber auch sagen, dass unsere heutige Wirtschaftsweise Kosten verursacht. Wir können nicht erwarten, auf dem derzeitigen Niveau ohne Lebensstiländerung einfach weitermachen zu können – das wäre unrealistisch. Veränderungen produzieren aber auch neue Gewinner und neue Verlierer. Das ist eine ethische Herausforderung, wir müssen uns genau ansehen, wer verliert. Weil wenn es zu Veränderungen kommt, werden sich jene dagegen wehren, die von der jetzigen Ordnung profitieren.

Zur Subsidiarität: Wenn Bioökonomie mit einem sehr hohen technischen Aufwand verbunden ist, dann besteht die Sorge, ob kleine Einheiten in diesem System bestehen können. Grundsätzlich soll gelten: Was bei den kleinen Einheiten belassen werden kann, soll auch dort belassen werden.

Die dritte Herausforderung ist die Urteilskraft: Bei technologisch geprägten Veränderungen trübt manchmal der technische Fortschritt die Urteilskraft. Drei Viertel der Expeditionen auf den Mount Everest sind gescheitert – viele davon besonders gut ausgerüstete, weil man sich rein auf die Technik verlassen und die Urteilskraft außer Kraft gesetzt hat.

Vier Transformationsfaktoren

Für erfolgreiche Veränderung braucht es vier Faktoren: ein Umfeld, das es den Menschen leicht macht, der Veränderung zu folgen. Das ist auch eine politische Aufgabe. Dann braucht es die richtigen Einladenden. Das müssen Menschen sein, die möglichst auf Augenhöhe mit anderen agieren. Drittens müssen die Menschen glauben, dass ihr Leben durch die Veränderung besser wird. Und letztlich sollte ihr Status nicht sinken.



»Bei der Organisation der Märkte für neue Technologien müssen wir besonderes Augenmerk auf die schwächsten und verwundbarsten Mitglieder der Gesellschaft legen.«

In der Altersforschung gibt es den Begriff Gerro-Transzendenz, der beschreibt das Phänomen, dass sich mit zunehmendem Alter die Wertvorstellungen eines Menschen langsam von materiellen zu immateriellen Werten verschieben. Bioökonomie ist in diesem Sinn Zeichen eines reifer werdenden Planeten und kann auch – bei der richtigen Umsetzung – zu einer Reifung der moralischen Menschheitsgeschichte, zu einem sanften Übergang zu immateriellen Werten, werden.

Clemens Sedmak ist Theologe und Philosophieprofessor am King's College London, Universität London.



Den ganzen Vortrag können Sie auf www.oekosozial.at ansehen.



3 FRAGEN AN...



EDELTRAUD HANAPPI-EGGER

Professorin für „Gender & Diversity in Organizations“, designierte Rektorin der WU Wien

1. Was sind Ihrer Meinung nach derzeit die wichtigsten drei Herausforderungen für die österreichische Wirtschaft?

Die sind meines Erachtens hinlänglich bekannt: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und damit einhergehende Fragen der Qualifikation, Probleme der Standortentwicklung Österreichs angesichts der Konkurrenz am internationalen Markt und Chancengleichheit im Sinne einer Abkehr von Stereotypen zuschreibungsbedingten Diskriminierungen und Benachteiligungen.

2. Sie werden die erste Frau an der Spitze der WU sein und sind Expertin für Gender und Diversity. Führen Frauen anders als Männer?

So biologisierend würde ich das nicht sehen. Wie Frauen und Männer führen hängt z. B. davon ab, welche Ausbildungen und Erfahrungen sie gemacht haben, aber auch vom Selbstverständnis. Was sich allerdings zeigt, ist, dass oft unterschiedliche Erwartungen an Frauen und Männer gestellt werden und ihr Führungsverhalten geschlechtsspezifisch bewertet wird.

3. Ist Ihre Ernennung ein Indikator dafür, dass das Thema Diversity für die Wirtschaftswissenschaften immer wichtiger wird?

Es ist zumindest ein Zeichen dafür, dass Diversitätskompetenz eine wichtige Führungsqualifikation ist. Generell ist klar, dass angesichts der wachsenden Diversität unter der Bevölkerung und damit am Arbeitsmarkt, aber auch auf den Absatzmärkten das Thema tatsächlich in den Wirtschaftswissenschaften an Bedeutung gewinnt.

Die europäische Energieunion soll sichere, nachhaltige, wettbewerbsfähige und erschwingliche Energie für alle Europäerinnen und Europäer bringen. Doch die Energieversorgung sieht derzeit in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich aus: Lettland ist bei den Erneuerbaren top, Frankreich baut auf Kernenergie, Estland hat beim Kohle-Anteil die Nase vorn und Zypern setzt fast ausschließlich auf Öl.

DIE ENERGIEPOLITIK IST ein integraler Bestandteil der Wirtschaftspolitik. Moderne Volkswirtschaften sind auf eine verlässliche und kontinuierliche Energieversorgung angewiesen. Politische Entscheidungen beeinflussen die Energiepolitik. Und energiepolitische Überlegungen beeinflussen nicht nur die Wirtschafts- und Finanz-, sondern auch die Außenpolitik.

Die Europäische Union will bis zum Jahr 2020 20 Prozent ihres Energieverbrauchs aus erneuerbaren Quellen decken, 20 Prozent weniger Treibhausgase emittieren (im Vergleich zu 1990) und 20 Prozent energieeffizienter (im Vergleich zu 2005) werden. Die Europäische Energie-wende hat zum Ziel, die europäische Energie-

versorgung von fossilen auf erneuerbare Quellen umzustellen, die Energieeffizienz zu steigern sowie die Importabhängigkeit (derzeit kommen 53 Prozent unserer Energie aus dem EU-Ausland) und den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren. In diesem Bereich liegt außerdem ein enormes Arbeitsplatzpotenzial (aktuell arbeiten rund 1,2 Millionen Europäerinnen und Europäer im Bereich der erneuerbaren Energien).



In der Beilage zu dieser Ausgabe finden Sie kompakt die wichtigsten Daten und Fakten rund um die Europäische Energie-wende. Machen Sie sich ein Bild von der aktuellen Entwicklung.

TREIB.STOFF

Weniger Verkehr durch nachhaltigen Konsum

Nachhaltiges Konsumverhalten verringert den Verkehr. Das ist ein zentrales Ergebnis einer aktuellen VCÖ-Untersuchung. Und: Mit welchem Verkehrsmittel der tägliche Einkauf erledigt wird, hat großen Einfluss auf die Umweltbilanz des Einkaufs.



RUND 30 PROZENT DER IN ÖSTERREICH TRANSPORTIERTEN GÜTER SIND KONSUMGÜTER, das sind mehr als 140 Millionen Tonnen pro Jahr. Rund 80 Prozent davon werden mit dem Lkw transportiert. Regionalität verringert den Transportaufwand. Weintrauben aus Apulien beispielsweise haben einen rund 31 Mal längeren Transportweg nach Wien als Weintrauben aus der Region Neusiedlersee. Inklusive Anbau verursachen die Weintrauben aus Apulien mit rund 600 Gramm CO₂ pro Kilogramm doppelt so viele Treibhausgase wie die burgenländischen Trauben.

Zusätzlich werden auf den letzten Kilometer – verhältnismäßig noch mehr – Emissionen ausgestoßen. Wenn die Trauben vom Supermarkt am Ortsrand mit dem Auto nachhause gebracht werden, entstehen bei einer zehn Kilometer langen Fahrt vier Mal so viele CO₂-Emissionen wie anteilsmäßig beim Transport aus Apulien und sogar acht Mal so viele wie beim Transport vom Neusiedlersee.

Die VCÖ-Publikation „Weniger Verkehr durch nachhaltigen Konsum“ zeigt, dass die Verkehrsmittelwahl wesentlich vom Standort des Geschäfts abhängt. Zu einer Supermarktfiliale, die sich am Ortsrand von Purkersdorf befindet, kommen 92 Prozent der Einkaufenden mit dem Auto, zur Filiale der gleichen Kette im Ortskern sind es nur 34 Prozent. Bei zentral gelegenen Filialen in Wien ist der Autoanteil noch geringer, bei diesen Filialen kommen 60 bis 90 Prozent der Kundinnen und Kunden zu Fuß.

Der VCÖ fordert daher eine verkehrssparende Raumordnung, die die Nahversorgung fördert und den Bau neuer Einkaufszentren am Ortsrand verhindert. Zudem seien bestehende Einkaufszentren an den Öffentlichen Verkehr anzuschließen und für Großparkplätze eine Parkplatzabgabe für die Betreiber einzuführen.

WENIGER VERKEHR DURCH NACHHALTIGEN KONSUM
SCHRIFTENREIHE „MOBILITÄT MIT ZUKUNFT“ 4/2014,
ISBN 3-901204-83-0 | 48 Seiten | EUR 30,-
Bestellung: Tel. (01)8932697 oder vcoe@vcoe.at
Gratisdownload unter www.vcoe.at

In Österreich stieg die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen im vergangenen Jahr laut AMS um

9 %

auf 393.674. Auch deshalb, weil um 7 % weniger an Schulungen teilnahmen.

13 Jahre nach Einführung des Euro sind laut Nationalbank noch rund **9 MILLIARDEN** Schilling (681 Mio. Euro) in Umlauf.

2012 emittierte die EU pro Kopf durchschnittlich

9 TONNEN

CO₂. Österreich lag mit 9,5 Tonnen über diesem Schnitt.

Futter, Halsbänder oder Besuche beim Tierarzt: Haustiere sind mit einem Umsatz von

9 MILLIARDEN

Euro jährlich ein wichtiger Faktor für die deutsche Wirtschaft. Die ÖsterreicherInnen lassen sich laut WKO ihre geschätzt 700.000 Hunde und 1,6 Millionen Katzen über 850 Millionen Euro pro Jahr kosten.

Im Jahr 2050 werden – so die Prognosen – rund

9 MILLIARDEN

Menschen auf der Erde leben. Der Zuwachs der Weltbevölkerung wird vor allem in Afrika stattfinden. Österreich soll zu diesem Zeitpunkt etwa 9,5 Millionen EinwohnerInnen haben.

Die Schulpflicht dauert in Österreich

NEUN

Jahre. Danach können rund 20 % der Jugendlichen noch immer nicht ausreichend lesen.

Studieren bewahrt zwar vor Arbeitslosigkeit, reich wird man damit aber nicht zwangsläufig. In Deutschland verdient fast jeder zehnte Akademiker nicht mehr als rund

9 EURO

brutto. Wobei das Risiko, zu Niedriglöhnen zu arbeiten, für Akademikerinnen fast doppelt so hoch ist wie unter männlichen Uniabsolventen.

WIN-WIN-WIN: MEHR HOLZBAU BEDEUTET AUCH MEHR INDUSTRIE- UND ENERGIEHOLZ

Franz Titschenbacher
Präsident der Landwirtschaftskammer Steiermark
Vorsitzender des Ausschusses für Forst- und Holzwirtschaft der LK Österreich

MEHR HOLZ FÜR ALLE DURCH STÄRKUNG DES HOLZBAUS

Das Herz des österreichischen Holzmarktes ist die Sägeindustrie. Eine gute Auslastung der Einschnittkapazitäten unserer Sägeindustrie ist nicht nur für die Bereitstellung von Sägerundholz, sondern auch für die gleichzeitig als Industrie- und Energieholz anfallenden Koppelprodukte im Wald und für die Verfügbarkeit von Sägenebenprodukten beim Holzeinschnitt von höchster Bedeutung. Der Schlüssel zum Erfolg für die gesamte Wertschöpfungskette Holz liegt daher in der Stärkung des Holzbaus in unserem Land durch die Verbesserung aller dazu notwendigen Rahmenbedingungen.

OPTIMIERUNG DER HOLZSTRÖME NICHT DURCH PLANWIRTSCHAFT, SONDERN DURCH ÖKOZOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Negative Darstellungen unserer Energieholzsportimente und Versuche, die Forstwirtschaft dazu zu zwingen, Holz nur an „genehmigte“ Marktteilnehmer zu liefern, sind aufs Schärfste zurückzuweisen. Diesbezügliche Agitationen einzelner Akteure haben in den letzten Jahren sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene stark zugenommen, wobei wiederholt der Begriff „kaskadischer Nutzungspfad“ als „positiv belegtes Codewort“ für den Wunsch nach ungerechtfertigten Vorkaufsrechten eingesetzt wird.

Das an sich positive Konzept der „kaskadischen Holznutzung“ darf nicht dazu missbraucht werden, um planwirtschaftliche Rohstofflenkungen im Widerspruch zu markt- bzw. betriebswirtschaftlichen Grundsätzen in verschiedenen Regelwerken zu implementieren und damit Vorkaufsrechte zum niedrigsten Preis für den Rohstoffbedarf ausgewählter Marktakteure durchzusetzen. An der jeweiligen Schnittstelle der Nutzungskaskade bestimmt nach wie vor der Preis über den „Zuschlag“ für die disponiblen Rohstoffmengen – dies gilt gleichermaßen für Zellstoff wie für Sägenebenprodukte und Holzsortimente der Waldbesitzer.

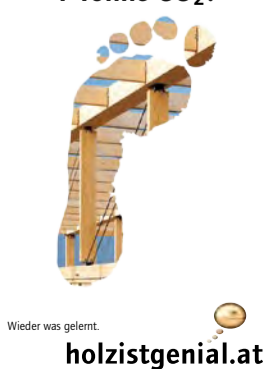
Die Forstwirtschaft bekennt sich voll und ganz zu ihrer gesamten Produktpalette, in der neben Sägerundholz und Industrieholz auch Energieholzsportimente (Scheitholz, Hackgut, Energieholz lang) einen wesentlichen Beitrag zur Wertschöpfung der Waldbesitzer leisten. In diesem Sinn ist die direkte Belieferung der Nachfrage nach Energieholzsportimenten in der jeweiligen Region durch die Waldbesitzer ein sehr wichtiger und sinnvoller Beitrag zur Energieversorgung der Bevölkerung und für die Einkommenssicherung der Waldbesitzer.

Statt Ressourcen für „Negativkampagnen“ gegen die energetische Holznutzung zu vergeuden, müssen die verfügbaren Kräfte auf die verstärkte Holzverwendung fokussiert werden. Damit wird der gesamten Wertschöpfungskette der beste Dienst erwiesen.

DER BEWIRTSCHAFTETE WALD LEISTET DEN GRÖSSTEN BEITRAG ZUM KLIMASCHUTZ

Die größte Herausforderung ist es, die Gesellschaft davon zu überzeugen, dass in Österreich genügend Wald zur Verfügung steht und dass das Holz auch im Sinne des Klimaschutzes genutzt werden soll. In Österreich gibt es noch viele Waldbesitzer, die ihre Flächen kaum nutzen und zur aktiven Waldbewirtschaftung motiviert werden sollten. Das Gesamtziel muss sein, den Einsatz von Holz und Holzprodukten, vor allem für den Holzbau, zu erhöhen. Wird mehr Holz für Bauzwecke und Holzprodukte nachgefragt, entstehen während der Sägerundholz- und Schnittholzproduktion genügend Koppel- und Nebenprodukte für die gesamte restliche Wertschöpfungskette – sowohl für die Industrieproduktion als auch für die Energieerzeugung.

Durch den Footprint betrachtet:
1 m³ verbautes Holz bindet
1 Tonne CO₂!



Wieder was gelernt.

holzistgenial.at



Denkanstoß

Harald Mahrer,
Staatssekretär im Bundes-
ministerium für Wissen-
schaft, Forschung und
Wirtschaft

ZUKUNFT BRAUCHT BILDUNG. Die Herausforderungen und Chancen, vor denen wir stehen, haben es in sich: Wirtschaft ankurbeln, Arbeitsplätze schaffen, Klimawandel eindämmen – hinzu kommt die Umwälzung in Richtung Industrie 4.0, die eine radikale Digitalisierung der Arbeitsprozesse bedeutet und viele heutige Jobs überflüssig machen wird.

Das wird aktuelle soziale Spannungen als Folge der Finanz- und Budgetkrisen in einigen EU-Ländern, aber auch aufgrund von Radikalisierungen in der Gesellschaft und einer noch immer nicht gelösten Migrationsproblematik weiter verschärfen. Sechs von zehn Kindern in Wien im Kindergarten haben eine andere Muttersprache als Deutsch und schleppen mangelnde Deutschkenntnisse

die ganze – oft abgebrochene – Schullaufbahn mit. Wir müssen daher früh mehr investieren statt später teuer reparieren und den Kindergarten als erste Bildungseinrichtung stärken. Denn: Was Hänchen nicht lernt, lernt Hans nur sehr schwer!

Wenn wir die Herausforderungen als Chance nutzen wollen, brauchen wir einen qualitativen Quantensprung in der Bildungspolitik. Wir sind zwar in einigen Bereichen in Österreich richtig gut – Stichwort Lehrlingsausbildung – aber Bildungstests zeigen klar: Im internationalen Vergleich schneiden wir vor allem bei schwächeren UND bei den stärkeren Schülerinnen und Schülern schlecht ab.

Damit Schulen gut sind, braucht es guten Unterricht in der Klasse. Den machen gute Lehrer. Das können sie am besten, wenn man sie gut ausbildet und ihre wichtige Arbeit machen lässt, ohne sie „überzuverwalten“. Daher brauchen Schulen mehr Freiheit. Die Schule der Zukunft ist eine möglichst autonome Schule – damit sie jedem Kind die beste Bildung geben kann!

LESE-STOFF

ISS ODER STIRB (NICHT)!

Martina Salomon

Mit spitzer Feder schreibt die stellvertretende Chefredakteurin des Kurier gegen zehn Ernährungsmythen an – von Zuckermacht-süchtig bis natürliche-Stoffe-sind-ungefährlich. „Iss oder stirb (nicht)!“ ist eine Streitschrift, die viele Ernährungsbewegte vor den Kopf stößt. Aber die Frage, ob wir uns tatsächlich vor dem Richtigen fürchten, könnte uns wohl allen zu denken geben.

TASCHENBUCH: 56 Seiten | HERAUSGEBER: Reihe Leykam Streitschriften | ISBN 978-3-7011-7919-0 | PREIS: EUR 7,50



EIN GUTER TAG HAT 100 PUNKTE ...UND ANDERE ALLTAGSTAUGLICHE IDEEN FÜR EINE BESSERE WELT

Thomas Weber

„Iss bedrohte Tiere“. Das ist einer von 30 Tipps, die uns Thomas Weber ans Herz legt. Und nein, es geht nicht um Pandas oder Tiger, sondern um bedrohte Nutztierarten. Denn, so Weber, die Erde verliert jedes Jahr zwei Nutztierarten. Die Landwirtschaft habe die Tiere ausgemustert und durch hochgezüchtete Einheitstiere ersetzt. Die gute Nachricht ist: Jeder kann die Welt verbessern! Aber wie lässt es sich jetzt wirklich gut leben? Dieses Buch gibt konkrete Antworten. All unser Tun, alle Produkte des Alltags werden darin mit Punkten bewertet. Dieses Punktesystem ist wissenschaftlich fundiert und bildet die Basis, auf der Thomas Weber alltagstauglich weiterdenkt. Er stellt Initiativen und Angebote vor – angefangen von Foodsharing bis hin zum Autofasten. Und er erklärt, warum wir lieber Karpfen statt Thunfisch essen sollten.

TASCHENBUCH: 216 Seiten | HERAUSGEBER: Residenz | ISBN: 978-3-7017-3342-2 | PREIS: EUR 18,00



NACHHALTIGE GELDANLAGEN.

Die Sicht privater Anleger. Eine empirische Studie

Wie denken Herr und Frau Österreicher über nachhaltige Geldanlagen? Was motiviert sie – oder hält sie davon ab –, sich für eine solche Anlagestrategie zu entscheiden? Diese Studie liefert ein umfassendes Bild der Perspektive von PrivatanlegerInnen.

Download auf: www.oekosozial.at



IMPRESSUM

HERAUSGEBER & VERLEGER: Ökosoziales Forum Europa, Herrengasse 13, A-1010 Wien, ZVR-Zahl: 760006020, Telefon: +43 (0) 1/253 63 50-0, Fax: +43 (0) 1/253 63 50-70, info@oekosozial.at, www.oekosozial.at |

REDAKTION: Michaela Hickersberger (Leitung), Clemens Matzer, Hans Mayrhofer, Annette Weber | LAYOUT & SATZ: trafikant. Handel mit Gestaltung, 1050 Wien | GRAFISCHES KONZEPT: trafikant. Handel mit Gestaltung, 1050 Wien

FOTOS: wenn nicht anders angegeben, Archiv | DRUCK: Alwa & Deil Druckerei GmbH 1140 Wien | Nachdruck und fotomechanische Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers. Offenlegung gem. § 25 des Mediengesetzes: MEDIENINHABER: Ökosoziales Forum Europa, Herrengasse 13, A-1010 Wien, ZVR-Zahl: 759206393 | VEREINSZWECK: Das Ökosoziale Forum dient der Weiterentwicklung, Vertiefung und Verbreitung des ökosozialen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells, das auf den europäischen Werten im Sinne der Charta der Grundrechte der Europäischen Union beruht und in dem Marktwirtschaft, sozialer Zusammenhalt und Ökologie gleichrangig miteinander verbunden sind und nachhaltig betrieben werden.

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Hans Mayrhofer | MITGLIEDER DES VORSTANDES: Elisabeth Köstinger, Franz Fischler, Josef Riegler, Stephan Pernkopf, Franz Josef Radermacher, Josip Baotic, Theres Friewald-Hofbauer, Anselm Görres, Peter Grassmann, Hermann Kroll-Schlüter, Johannes Kyrle, Jacek M. Pijanowski, Markus Ritter, Agnes Schierhuber, Szabolcs Takács, Andrej Udovc, Detlef Wendt | GRUNDLEGENDE RICHTUNG: denk.stoff liefert Denkanstöße zu Fragen der Nachhaltigkeit und berichtet über aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Jede Ausgabe setzt sich aus Analysen, Interviews und Buchtipps zusammen. Veröffentlichte Texte und Bilder gehen in das Eigentum des Verlages über, es kann daraus kein wie immer gearteter Anspruch, ausgenommen allfällige Honorare, abgeleitet werden. | Die Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz ist auch unter www.oekosozial.at/offenlegung abrufbar.